Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten

Geschäftszahl:
BMEIA: 2025-0.072.826

10/4.1
Zur Veröffentlichung bestimmt

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 27. Jänner 2025; Bericht

Am 27. Jänner 2025 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Situation im Nahen Osten und EU-US-Beziehungen; weiters ein informelles Abendessen mit Swetlana Tichanowskaja am 26. Jänner 2025 zur Unterstützung der demokratischen Kräfte in Belarus sowie ein informelles Frühstück zu hybriden Bedrohungen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurde von der Hohen Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Kaja Kallas die aktuelle Situation in Georgien, Moldau und der Demokratischen Republik Kongo angesprochen.

In der Diskussion zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine informierte HV/VP Kallas über Pläne zur effektiveren Koordination der globalen Outreach-Bemühungen sowie die schwierige militärische Lage und Bedürfnisse der Ukraine. Die Unterstützung der EU sei weiterhin besonders wichtig und eine Vorbedingung für eine aktive Rolle der EU in allfälligen Verhandlungen. Im Bereich der Sanktionen brauche es ein substanzielles 16. Sanktionenpaket und als Priorität Maßnahmen gegen die Schattenflotte. Nach der Verlesung einer Erklärung der Europäischen Kommission zur Energiesicherheit von Mitgliedsstaaten durch HV/VP Kallas stimmte Ungarn der Verlängerung der sektoriellen Sanktionen gegen Russland zu. Weiters meinte HV/VP Kallas, dass zur Rechenschaftspflicht auf eine Einigung zur Schaffung eines Sondertribunals gehofft werde. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe um Unterstützung der ukrainischen Initiative zur Nahrungsmittelhilfe für Syrien ersucht, die Möglichkeit eines EU-Beitrages werde geprüft. Die Mitgliedsstaaten bekräftigten die Bedeutung anhaltender

Unterstützung für die Ukraine, u.a. durch die Europäische Friedensfazilität und die EUMAM Ukraine, notwendige enge Kontakte zu den USA und die Einbindung der Ukraine und der EU in allfälligen Friedensverhandlungen. Die Mitgliedsstaaten äußerten sich außerdem zu Plänen für ein 16. Sanktionspaket, zu Maßnahmen gegen die Schattenflotte und zur Nutzung der immobilisierten russischen Vermögenswerte.

In der Diskussion zur Lage im Nahen Osten verwies HV/VP Kallas bezüglich Syrien auf die positiven Ankündigungen der neuen syrischen Regierung. Diesen müssten nun Taten folgen. Die EU könne die wirtschaftliche Erholung durch Erleichterung von sektoriellen Sanktionen in einem graduellen und schrittweisen Zugang unterstützen, wozu es einen grundsätzlichen Konsens gebe. Gleichzeitig müsse die Reversibilität aufrechterhalten werden. Zu Israel und Palästina verwies HV/VP Kallas auf die beschlossene Reaktivierung von EUBAM Rafah, die Abhaltung des EU-Israel-Assoziierungsrates im Februar und den hochrangigen Dialog mit der palästinensischen Autonomiebehörde im März. Nach der Wahl des neuen libanesischen Präsidenten soll nach der Amtsübernahme des neuen Premierministers 2025 der EU-Libanon-Assoziierungsrat einberufen und die EU-Libanon-Partnerschaft wiederbelebt werden. Kommissarin für Gleichstellung, Resilienz und Krisenmanagement Hadja Lahbib informierte anschließend über ihren Besuch in Syrien und befürworte eine umfassende Aufhebung der sektoriellen Sanktionen. Die syrische Wirtschaft müsse revitalisiert werden, um die Grundversorgung und Infrastruktur wiederaufzubauen und eine Flüchtlingsrückkehr zu ermöglichen. Zu Israel und Palästina verwies Kommissarin Lahbib auf die Schlüsselrolle von UNRWA bei der Verteilung der humanitären Hilfe in Gaza. Die Mitgliedstaaten betonten, HTS in Syrien an den Taten zu messen, forderten einen inklusiven syrisch-geführten politischen Prozess und begrüßten das Waffenruhe- und Geiselfreilassungsabkommen in Gaza. Österreich sprach sich mit Partnern für eine umfassende Suspendierung der sektoriellen Sanktionen gegen Syrien abzüglich einiger Sektoren unter Vermeidung überbordender Konditionalitäten aus, um ein positives politisches Signal für den Wiederaufbau zu senden. Zahlreiche Mitgliedstaaten befürworteten einen schrittweisen und graduellen Zugang bei der Suspendierung der sektoriellen Sanktionen. Ebenso betonten zahlreiche Mitgliedsstaaten in diesem Zusammenhang die Bedeutung der allfälligen Reversibilität dieser Maßnahmen und eine damit einhergehende Konditionalität.

Die EU-US-Beziehungen wurden im Rahmen eines informellen Austauschs im eingeschränkten Format mit Schwerpunkt auf das EU-Engagement mit der neuen US-Administration und dem weiteren Ausbau der Partnerschaft im außen- und sicherheitspolitischen Bereich thematisiert.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

8. Mai 2025

Mag.ª Beate Meinl-Reisinger, MES
Bundesministerin